

polbourgeoisie, des deutschen Imperialismus und Militarismus und des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Da die herrschenden Kreise in Westdeutschland das Risiko einer offenen, demokratischen Auseinandersetzung über die Gestaltung eines einheitlichen deutschen Staates fürchteten, spalteten sie Deutschland mit dem Ziel der gewaltsamen Annexion Ostdeutschlands und der Revision aller Ergebnisse der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg durch die westdeutsche Bundesrepublik als ihrem Machtinstrument. Die S. D. folgte nicht zwangsläufig aus der Besetzung Deutschlands durch Mächte mit unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Ordnung und aus der zeitweiligen Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch sie. Die Beschlüsse der Großmächte der *Antihitlerkoalition*, insbesondere die im Potsdamer Abkommen festgelegten, geboten und ermöglichten eine koordinierte Besatzungspolitik zur Schaffung eines demokratischen, friedlichen und einheitlichen deutschen Staates und eine demokratische Regelung der deutschen Frage im Interesse der europäischen Sicherheit. Der Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung unter Führung der SED an der Spitze der antifaschistisch-demokratischen Kräfte des deutschen Volkes erfolgte in prinzipieller Übereinstimmung mit diesen Beschlüssen und war auf die restlose Beseitigung von Faschismus, Militarismus und Imperialismus, auf die Schaffung wirklich demokratischer Verhältnisse in ganz Deutschland als Grundlage und Hauptinhalt des neuen deutschen Staates gerichtet. Die Besatzungspolitik der Westmächte und die

Entwicklung in ihren Besatzungszonen wich seit Ende 1945 zunehmend von den Beschlüssen der Antihitlerkoalition ab. Die imperialistischen Kreise der Westmächte und der geschlagenen, aber noch nicht entmachteten deutschen Monopolbourgeoisie vereinigten sich, um den Auszug der Deutschen aus dem Lager des Imperialismus und die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen deutschen Staates zu verhindern und in Deutschland Voraussetzungen für eine imperialistische Politik der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu schaffen. Hauptexponenten der Spaltungspolitik waren u. a. die Militärgouverneure L. D. Clay, B. Robertson und M.-P. Koenig, ihre Mitarbeiter R. Murphy, P. Mills, W. H. Draper, deutsche Bank- und Konzernherren, wie H.

J. Abs, R. Pferdenges, G. Henle, H. Reusch, H. Dinkelbach und H. Kost, reaktionäre Politiker, wie K. Adenauer, R. Lehr, H. Schlange-Schönningen, E. Köhler, H. Pünder, Th. Heuß, A.-M. Euler, F. Blücher, reaktionäre Vertreter des Klerus, wie J. H. Frings und M. Faulhaber. Nachdem im Verlauf des Jahres 1946 alle Versuche gescheitert waren, diese imperialistischen Ziele in ganz Deutschland durchzusetzen, gingen die Westmächte und die vorherrschenden Kreise der westdeutschen Großbourgeoisie mit Unterstützung rechter sozialdemokratischer und Gewerkschaftsführer zu einer Politik der separaten Zusammenfassung der westlichen Besatzungszonen unter Preisgabe der deutschen Einheit über. Am 2.12.1946 schlossen der Außenminister der USA J. F. Byrnes und der britische Außenminister E. L. Bevin das Abkommen über die Zusammenlegung der amerikanischen und der britischen